



Mitgliederversammlung Grüne Stadt Zürich

Dienstag, 19. Januar 2021, 19.30 Uhr bis 21:30 Uhr
Online via Zoom

Anwesend: 66 Mitglieder

Entschuldigt: -

Gäste: Dr. Gülcan Akkaya, Carlos Hanimann, Markus Mohler

1. Begrüssung

Felix Moser begrüsst die Mitglieder zur ersten MV im neuen Jahr und stellt die Traktandenliste vor und weist auf die technischen Begebenheiten hin.

Er gibt eine Übersicht über die Dinge, welche die Grünen dieses Jahr beschäftigen werden. Wichtig wird der Wahlkampf für den neuen Gemeinde- sowie Stadtrat sein, die Wahlen dazu finden im Februar 2022 statt. Es ist wichtig, eine starke grüne Vertretung zu haben, um die Klimaziele voran zu bringen. Zudem gilt das Jahr 2021 als Klimajahr. Nebst Corona wird uns dies am meisten beschäftigen – es wird darüber bestimmt, ob das 2030 Netto-Null Ziel in der Gemeindeverordnung verankert werden soll.

2. Protokoll der MV vom 29. September 2020 und Traktandenliste

Die Traktandenliste wird nicht verändert. Das Protokoll bleibt unverändert und wird verdankt.

3. Mitteilungen

Präsidium, Felix Moser:

- Felix weist auf die Vertretung von Sophie hin, welche bis im Sommer im Mutterschaftsurlaub ist. Luca Salomon wird in dieser Zeit ihre Stelle übernehmen.
- Bei den Wahlen 2022 sind mehr grüne Gemeinderatssitze möglich. Es braucht dafür viele engagierte Menschen, welche bereit sind, sich auf einer Wahlliste zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck werden Informationsabende stattfinden, wo bestehende GemeinderätInnen Infos geben, bezüglich der Aufgaben als Gemeinderätin / Gemeinderat. Dazu wird auch noch ein zusammenfassender Flyer erstellt.
- Der Vorstand hat beschlossen, zwei Initiativen von „umverkehR“ zu unterstützen, für die parallel Unterschriften gesammelt werden. Die „Gute Luft – Initiative“ will, dass 10 Jahre lang pro Jahr 0.5 % Strassen zurückgebaut werden für Bäume. Die „Zukunftsinitiative“ will, dass 10 Jahre lang 0.5 % der Strassen zurückgebaut werden und somit Platz für nachhaltige Mobilität geschaffen wird. Dies sind beides grüne Anliegen.
- Anschliessend gibt Felix Clemens W. Plachatko das Wort, welcher für das Präsidium des Schulkreis Uto kandidiert. Clemens ist 37 Jahre alt und schon seit langer Zeit Lehrer und war auch Schulleiter im Schulhaus Ämtler. Wichtig ist ihm die Chancengerechtigkeit, er hat daher schon diverse Weiterbildungen zum Thema Diskriminierung an Schulen gemacht. Er ist aber auch zukunftsorientiert – man muss die Kinder auf Berufe vorbereiten, die es heute noch gar nicht gibt, dafür muss ein Fokus auf Digitalisierung gesetzt werden. Er bittet die Anwesenden abschliessend um Unterstützung auf seiner Website und anderen Kanälen.

Nationalrat, Katarina Prelicz-Huber, Nationalrätin:

- Im Nationalrat wird hauptsächlich über Corona gesprochen. Auf Druck der Grünen konnte man einige Dinge verbessern. Es sind jedoch kleine Schritte. Massgeblich beteiligt war die grüne Fraktion vor allem in der Härtefallklausel sowie beim Schutz von HochrisikopatientInnen am

Arbeitsplatz. Auch von der Impfung wird viel gesprochen. Sie betont, dass es nicht im Sinne des Nationalrats ist, eine Impfpflicht einzuführen, dies wird nicht geschehen. Bis im Sommer sollten sich jedoch alle Menschen impfen können, die das auch wollen.

- Ein grosser Erfolg ist, dass die Ehe für alle durchgebracht wurde.
- Auch beim CO₂ Gesetz konnten die Grünen einiges durchsetzen. Es braucht aber noch viel mehr im Kampf gegen den Klimawandel.

Kantonsrat, Silvia Ragoni, Kantonsrätin:

- Auch im Kantonsrat wird viel über Corona gesprochen. Der Fokus liegt dort aber im Gewerbe- sowie Gastrobereich. Der Kanton Zürich ist in starker Kritik, weil er sehr restriktiv ist. Die Grünen haben versucht Druck aufzubauen, damit die Barrieren für Hilfgelder niedriger sind. Beispielsweise wollten sie durchsetzen, dass Geschäftsmieten z.T. auf die Vermietenden umgewälzt werden, das ist aber nicht durchgekommen. Aber der Druck hat im zweiten Härtefallpaket gewirkt, welches deutlich grosszügiger und schneller ist. Auch über die Situation der Pflegenden wird gesprochen.
- Zudem wird über das Prinzip von VertreterInnen von Ratsmitgliedern gesprochen, also was geschieht, wenn ein Ratsmitglied nicht an einer Sitzungen anwesend sein kann, z.B. wegen Mutterschaft.

Gemeinderat, Markus Kunz, Fraktionschef:

- Markus Kunz berichtet vom Gemeinderat. Sie tagen normal mit strengen Schutzkonzepten in der Halle 9, bis auf ein weiteres Jahr.
- Ein wichtiges Thema, welches den Gemeinderat beschäftigt, ist die parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) bezüglich der ERZ-Geschäfte. Der Gemeinderat muss seine Aufsichtspflicht gegenüber solchen Unternehmen ernster nehmen, was aber schwierig ist. Man stösst diesbezüglich an Grenzen.

Junge Grüne, Delio Zanovello:

- Trotz Corona konnten zwei Infoabende durchgeführt werden. Die Themen waren Frauenhäuser und der Stadtrat.
- Die Arbeitsgruppen sind aktiv, es hat sich auch eine neue gebildet, die parlamentarische Vorstösse gemeinsam vorbereiten möchte. Aktuell ist der Vorstoss zur öffentlichen Zugänglichkeit zu Menstruationsprodukten.
- Zudem wird die AG Queer/Feminismus Aktionen anlässlich des Frauenstimmrecht-Jubiläums veranstalten.

4. Podiumsdiskussion Nationalitätenuennung

Nachdem Felix vorstellt, um was es bei den Vorlagen geht, stellt Luca Maggi, der Moderator, die Gäste der Podiumsdiskussion vor. Dr. Gülcan Akkaya ist Dozentin und Projektleiterin am Institut für soziokulturelle Entwicklung der Uni Luzern. Carlos Hanimann ist Journalist bei der Republik und Markus Mohler ist Experte in Straf- und Polizeirecht und ehemaliger Kommandant Kantonspolizei Basel-Stadt. Bevor die Diskussion beginnt, gibt Karin Rykart, Vorsteherin des Sicherheitsdepartementes, eine ausführliche Einleitung zum Thema.

Karin Rykart: Einleitung

- 2015 wurde ein sehr polarisierendes Postulat im Gemeinderat eingereicht, welches forderte, dass die Stadtpolizei auf Nennung der Nationalität verzichtet, sofern diese nicht relevant ist. Bei Nachfrage sollte man diese Information aber trotzdem noch bekommen.

- Die Grüne Position dazu ist klar: Nationalität ist nicht wichtig, genauso wie Religion, sexuelle Vorlieben etc. es nicht sind. Die SVP findet jedoch, man müsse Fakten nennen und behauptet, das Verbot sei eine Zensur. Die CVP und FDP haben sich damals auf die Seite der SVP gestellt.
- Die SVP wollte die Nationalitätennennung wieder einführen und lancierte auf kantonaler Ebene eine Initiative, welche aber auch die Angabe eines anfälligen Migrationshintergrundes erwähnt. Bei Annahme der Initiative fände eine Bevormundung des Kantons auf Gemeindeebene statt.
- Karin Rykart findet, man sollte die Initiative der SVP nicht unterstützen - Rassismus sollte nicht gefördert werden. Es steht ihr aber nicht zu, sich stark in das Thema einzubringen, da sie in der Exekutive ist.

Dr. Gülcan Akkaya

- Frau Akkaya erläutert, dass die zwingende Nationalitätennennung in Polizeiberichten Vorurteile schürt und stigmatisiert sowie diskriminiert. Neue Vorschriften sollten einen Nutzen haben, den sieht sie bei dieser Vorlage nicht.

Markus Mohler

- Herr Mohler wird von Luca gebeten, eine rechtliche Einordnung in die Vorlage zu machen. Was würde es heissen, wenn die Nationalitätennennung in die Verfassung aufgenommen werden würde?
- Herr Mohler erläutert, dass Initiativtext und Gesetzesvorschlag bundesrechtswidrig sind, die Vorlage gehe über das hinaus, was das Bundesstrafprozessrecht vorgibt.
- Zudem sei der Gehalt der Information der Nationalität gleich null. Herr Mohler ist der Meinung, dass dahinter nur Eigennutz aufgrund von Neugier steckt.
- Nationalitäten können eine Rolle spielen bei den Verurteilungen, aber ansonsten habe man die Unschuldsvermutung und daher kein Bedarf für diese Information.
- Die Initiative will etwas, was dem Bundesrecht widerspricht, man kann keinen Zwang einführen, da es dazu in der Verfassung keine Grundlage gibt.

Carlos Hanimann

- Herr Hanimann spricht über die Phantomdiskussion der Nationalitätennennung. Man muss sich fragen, wer diese Nennung überhaupt möchte und was der Nutzen davon ist.
- Nicht einmal die PolizeikommandantInnen haben eine homogene Meinung bezüglich des Themas - die ursprüngliche Idee kam von einer Subgruppe von SprecherInnen der Polizei. Diese begründen, dass es ein Interesse auf Seite der JournalistInnen gäbe.
- Weiter führt Herr Hanimann die Anwesenden in die Zensurdebatte ein. Wer denkt, dass das Weglassen von Nationalitäten eine Zensur wäre, hat wenig Verständnis von Medien und Journalismus. Die Essenz des Jobs einer Journalistin * eines Journalisten ist es, Informationen wegzulassen.

Dr. Gülcan Akkaya

- Luca fragt, was für Auswirkungen die Nationalitätennennung auf die Menschen hat, die stigmatisiert werden.
- Frau Akkaya erläutert, dass dann Herkunft und Straftat miteinander verknüpft werden. Folgen davon können sein, dass Menschen mit einer gewissen Herkunft als kriminell wahrgenommen werden und Schwierigkeiten bei beispielsweise Job- oder Wohnungssuche haben.
- Sie erwähnt, dass man die Nationalitäten von den Menschen nennen sollte, die als Pflegenden jetzt in der Coronakrise arbeiten - diese leisten einen sehr wichtigen Beitrag zur Gesellschaft.

Markus Mohler

- Luca fragt Herr Mohler, ob die Nationalitätennennung zu seiner Zeit als Polizeikommandant auch schon ein Thema war.
- Herr Mohler sagt, dass dem nicht so war. Das Thema entstand erst auf Druck der SVP.

Nun möchte Luca den Teilnehmenden die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen und aufeinander einzugehen.

- Herr Mohler äussert sich zum Thema Zensur: Strafverfahren sind Amtsgeheimnisse. Jede Medienmitteilung von Seiten der Polizei ist eine Ausnahme dieses Geheimnisses. In gewissen Kantonen wird dies ernster genommen und in anderen weniger.
- Herr Hanimann betont, dass das Preisgeben von Informationen sehr selektiv ist, oft wird man als JournalistIn abgeklemmt, mit der Begründung es sei ein laufendes Verfahren.
- Luca fragt Frau Akkaya, ob die Nationalitätennennung zugenommen und polarisiert hat.
 - Sie bejaht das. Muslime werden beispielsweise zunehmend mit Terror in Verbindung gebracht.
- Eine Frage vom Chat lautet, ob es keine Möglichkeit gäbe, gegen das Gesetz rechtlich vorzugehen, wenn es angenommen wird, da es ja verfassungswidrig ist.
 - Herr Mohler erklärt, dass die Frist dazu bereits abgelaufen sei. Aber wenn eine Person im Einzelfall Beschwerde wegen Diskriminierung einreicht, kann das Bundesgericht sagen, dass es bundesgesetzwidrig ist.
- Eine andere Person fragt, wieso das Bundesgesetz nicht automatisch über den kantonalen Gesetzesvorschlägen steht.
 - Herr Mohler erklärt, dass die Vorlage eine Ergänzung zum bestehenden Strafrecht sei, welche nicht mit dem Bundesrecht übereinstimmt.
- Silvia Rigoni erwähnt, dass es auch Linke gab, welche sich dafür ausgesprochen haben, diese Initiative mit allen Mitteln zu verhindern, damit man keine Plattform für Hetze anbietet. Sie findet jedoch, dass es wichtig ist, solche Diskussionen zu führen und fragt die Anwesenden um ihre Meinung dazu.
 - Herr Hanimann fragt sich, zu welchem Preis man eine solche Diskussion dann verhindern würde. Denn schlussendlich würde es denn Betroffenen nichts bringen.
 - Frau Akkaya findet, die Diskussion muss auf grundrechtlicher Ebene geführt werden - dem stimmt auch Herr Mohler zu. Die Ungleichbehandlung verstösst gegen das Gebot der Rechtsgleichheit.

Abschliessend teilt Luca mit, dass die Abstimmung auf Mundpropaganda angewiesen ist, da man wenig auf der Strasse machen kann. Das Anliegen muss von der Stadt Zürich in den Kanton hinaus getrieben werden. Daher sei es auch wichtig, ausserhalb der Stadt zu flyern.

Er bedankt sich bei den Teilnehmenden und schliesst die Podiumsdiskussion.

5. Abstimmungen vom 7. März 2021

Der Vorstand hat an der letzten Sitzung vier Mal die Ja-Parolen zu den städtischen Abstimmungen vom 7. März gefasst.

Einhausung Schwamendingen mit Überlandpark

Markus Kunz

- Seit die Vorlage vor ein paar Jahren bereits angenommen wurde, hat sich viel verändert. Die Bevölkerung vor Ort wurde nun mehr in die Planung miteinbezogen und es fand eine Aufwertung des Deckels des Tunnels statt. Dies soll eine begrünte Zone werden.
- Da dies eine integrale Veränderung des Zwecks ist, also eine Aufwertung, muss darüber nochmal abgestimmt werden.

Wohnsiedlung Letzi, Objektkredit

Luca Maggi

- Es geht auch bei dieser Wohnsiedlung darum, dem grossen städtischen Ziel von einem Drittel gemeinnützigen Wohnraum einen Schritt näher zu kommen. Man stimmt nun über den Objektkredit ab.

- Es wird in der Siedlung einen spannenden Mix von Altersgruppen geben. Neben den städtischen Wohnungen werden Wohnungen von Stiftungen vermietet werden, die zwei Stiftungen geführt, von einer Alters- und Seniorenstiftung.
- Alle Parteien ausser die SVP haben die Ja-Parole beschlossen.

Schulanlage und Quartierpark Areal Thurgauerstrasse

Urs Riklin

- Auch die folgenden zwei Vorlagen sind unbestritten. Thematisch überschneiden sie sich stark.
- Da die Stadt immer weiter wächst, und aufgrund der geplanten Tagesschulen, muss der Schulraum ergänzt und aufgewertet werden. Daher stimmt man jetzt für zwei Objektkredite ab.
- Beide Projekte werden nachhaltig gebaut und mit nachhaltigen Energien betrieben. Es wird zudem bei beiden Schulhäusern einen ökologischen Quartierpark geben. Die Parkplätze werden reduziert, der Fokus liegt auf Veloparkplätzen mit Überdachung.
- Bei der Thurgauerstrasse gibt es einen Kritikpunkt wegen des ungünstigen Standorts. Dieser ist nämlich neben einer sehr befahrenen Strasse, was nicht im Zusammenhang mit dem Bauprojekt geregelt wird.
- Der Kredit für die Thurgauerstrasse beträgt 78 Mio. Franken.

Schulanlage und Quartierpark Areal Guggach

Urs Riklin

- Der Objektkredit beträgt beim Areal Guggach 49 Mio. Franken.

6. Varia

Es gibt keine weiteren Mitteilungen. Felix bedankt sich bei allen Anwesenden und den Verantwortlichen für die Technik.

→ Die nächste Mitgliederversammlung findet am Dienstag, 13. April, um 19:30 Uhr statt. Der Ort wird noch bekannt gegeben.